

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4267

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4267



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Newsletter vom 12. 2. 2023

Inhalt

Eine gute Volksschule tut not!	1
9.2.2023, Marianne Wüthrich	1
Bildungspolitik: Wenn aus mehr weniger wird	3
EDU-Standpunkt, 2/2023, Die Fragen stellten Lisa Leisi und Anian Liebrand	3
«Eine Schulklasse ist per se keine Freundesgruppe»	6
Nebenspalter, 30.1.2023, Daniel Wahl	6
Besuch bei Nachhilfelehrerin: Dank 5000-Franken-Kurs durch die Gymiprüfung?	10
Sonntagszeitung, 4.2.2023, Chris Winteler	10
Die Integration ist gescheitert	12
Tages-Anzeiger, 28.1.2023, Debatte, Leserbriefe	12
Separierter Unterricht muss wieder möglich sein	13
Tages-Anzeiger, 28.1.2023, Meinungen, Alessandra Paone	13
«Frühförderung muss bei Geburt beginnen»	14
NZZ, 1.2.2023, Meinung & Debatte, Leserbrief	14
Veranstaltungshinweis	15
Mit Kindern über Kriege, Krisen und Katastrophen sprechen	15
Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft, Mittwoch, 8. März 2023	15

Eine gute Volksschule tut not!

9.2.2023, Marianne Wüthrich

Alle Jahre wieder lesen wir in den Zürcher Medien von der grossen Aufregung vor den Gymi-Aufnahmeprüfungen. Eltern beschwerten sich, weil letztes Jahr an der Prüfung andere Aufgaben gestellt wurden als in der Schule oder weil ihr Kind trotz besten Schulleistungen nicht bestanden hat. Und es geht auch um die Chancengleichheit.

Wir ersparen uns und unserer Leserschaft die Wiedergabe aller neuen Artikel zum Thema Gymi-Prüfungen und wenden uns dem Wesentlichen zu.

Dauerbrenner Chancengleichheit

Die Forderung nach Chancengleichheit war und ist mit Recht ein Dauerbrenner: Schon in meiner Generation stand sie an. Meine Mitschüler aus italienischen Gastarbeiterfamilien fassten die Gymiprüfung gar nicht ins Auge, während ich als Arztkind schon in der 3. Klasse wusste, dass ich später in die Kanti will. Trotzdem war die Chancengleichheit damals grösser als heute. Weil in neun Jahren Volksschule praktisch alle Kinder den nötigen Grundstock an Kenntnissen mitbekamen, wurden meine Gspänli, die nach der 6. Klasse die Oberschule besucht hatten und in der Lehre sowie im Berufsleben gute Leistungen erbrachten, später Direktionssekretärin oder Geschäftsführer. Die Basiskompetenzen Lesen, Schreiben, Rechnen wurden in der Primarklasse geschult, bestätigt auch Carl Bossard, und er malt die damalige Lehr- und Lernmethode anschaulich aus: «Was wir



«durchnahmen», nahmen wir gründlich durch, mündlich und schriftlich, mit vielen Sinnen, präzise und diszipliniert. Ein Ding richtig können ist mehr als Halbheiten im Hundertfachen.» Zudem haben viele von uns, im Gegensatz zu manchen heutigen Kindern, die in ihrer Freizeit in erster Linie mit dem Handy beschäftigt sind, von klein auf Berge von Büchern verschlungen, was für den Spracherwerb ein grosser Vorteil war.

Fehlen der Grundkenntnisse am Ende der Volksschule: Ein Systemversagen

Heute dagegen sitzen unsere Kinder in heterogenen Inklusionsklassen und sollen selbstorganisiert und oft alleingelassen die Lernziele eines untauglichen Lehrplans erreichen. Diktate zu üben oder das Einmaleins auswendig zu lernen gilt nicht mehr als zeitgemäss. Dass viele 15-Jährige die Schule ohne die notwendigen sprachlichen Grundkenntnisse verlassen, nennt Stefan C. Wolter, Direktor der *Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung SKBF*, ein «Systemversagen». Die SKBF ist aber nicht irgendein privater Club, sondern stellt sich selbst vor als «gemeinsame Institution der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)». Diese Leute haben uns die ganze Umpflügung des Bildungswesens eingebrockt. Bildungsökonom(!) Stefan C. Wolters gehört also zu den Mitverantwortlichen für das Systemversagen. Wir brauchen keine Ökonomen, die die Bildung in eine falsche Richtung managen, sondern Pädagogen, für die das Wohl der Jugend an erster Stelle steht.

Recht auf Bildung und Freiheit des Lehrens

Hier, beim amtlich festgestellten Systemversagen, sollten wir Eltern und Bürger ansetzen. Das bringt mehr, als mit der Lehrerin über Zehntelnoten zu streiten, wie Allan Guggenbühl aus seiner Beratungstätigkeit berichtet.

Vielmehr ist ein erneuter Systemwechsel erforderlich: Hin zu einer Volksschule, in der unsere Jugend die Chance hat zu lernen und im Leben voranzukommen. Ob sie in der Regelklasse oder in einer Kleinklasse sitzen, ob sie eine Berufslehre oder das Gymnasium absolvieren, jedes von ihnen hat das Recht auf eine Bildung, die ihm eine erfüllte Zukunft aufbaut. Die nötigen Voraussetzungen dafür sind kein Zauber, sondern leuchten jedem vernünftigen Zeitgenossen ein. Es braucht im Schulzimmer einen Klassenlehrer, der für die Kinder «zur klaren Bezugsperson» wird, der «die Regeln für einen gemeinsamen, guten Schulunterricht» bekanntgibt und den Beitrag jedes Kindes einfordert, so Allan Guggenbühl. Elternumfragen und die vielen Leserbriefe, die in die Redaktionen strömen, belegen das Scheitern der Integration: Die grosse Mehrheit der Kinder benötigt einen ihrer Situation besser angepassten Rahmen, um konzentriert und mit Freude lernen zu können.

Zudem muss die Unterrichtssituation für die Lehrerinnen und Lehrer zumutbar sein. Also keine heterogenen Integrationsklassen, in denen ein für alle Beteiligten befriedigender Unterricht nicht möglich ist, und keine Überlastung der Lehrer mit administrativen Aufgaben. Vielmehr benötigen die Lehrer, so Carl Bossards wichtiger Hinweis, genügend Freiraum, um ihrer Verantwortung für die Kinder und deren Lernfortschritte nachkommen zu können. Nur in Freiheit können sie «eine tragende Beziehung zu ihren Schülerinnen und Schülern aufbauen» und daran glauben, «dass sie für ihre Kinder wirksam sind».

Den Schulleitungen wiederum ist zu empfehlen, sich für eine Verbesserung der Lage für Schüler und Lehrerschaft stark zu machen (einige von ihnen tun dies bereits), statt die Direktiven von oben (Bildungsdirektion) durchzuziehen. Dies würde vermutlich auch zur Beruhigung vieler Eltern beitragen.

Einige ausgezeichnete Leserbriefe zu diesen Problemkreisen finden Sie im vorliegenden Newsletter.

Teure Gymivorbereitung? Volksschule hat ihren gesetzlichen Auftrag zu erfüllen

«Die Volksschule vermittelt grundlegende Kenntnisse und Fertigkeiten; sie führt zum Erkennen von Zusammenhängen. Sie fördert die Achtung vor Mitmenschen und Umwelt und strebt die ganzheitliche Entwicklung der Kinder zu selbstständigen und gemeinschaftsfähigen Menschen an. Die Schule ist bestrebt, die Freude am Lernen und an der Leistung zu wecken und zu erhalten. Sie



fördert insbesondere Verantwortungswillen, Leistungsbereitschaft, Urteils- und Kritikvermögen sowie Dialogfähigkeit. Der Unterricht berücksichtigt die individuellen Begabungen und Neigungen der Kinder und schafft die Grundlage zu lebenslangem Lernen.» (Zürcher Volksschulgesetz, § 2 Absatz 4).

Weil die Volksschule diesem Auftrag nur beschränkt nachkommt, schicken wohlhabende Eltern (oder Eltern, die ihr Geld dafür zusammenkratzen) ihre Kinder in Privatschulen oder in Vorbereitungskurse, damit sie die Prüfung ins Gymnasium schaffen sollen. Nachhilfelehrerin Evelyn Jossi bringt es auf den Punkt: Hausaufgaben und Auswendiglernen seien vielerorts verpönt, in der Gymivorbereitung müsse sie das Einmaleins durchnehmen, weil intelligente Fünftklässler es nicht sauber können. «Chancengleichheit ist ein Märchen», sagt Evelyn Jossi – die einen Eltern könnten teure Kurse bezahlen oder ihren Kindern selbst beim Lernen helfen, andere könnten es nicht.

Einspruch! Chancengleichheit – jedenfalls ein gehöriges Stück davon – sollte kein Märchen sein. Damit alle Kinder eine Zukunftsperspektive haben, wurde die Volksschule eingeführt. Sie hat dafür zu sorgen, dass die Jugend in zwei Jahren Kindergarten und neun Schuljahren im Klassenunterricht die soliden Grundlagen mitbekommt, die es braucht, um eine Berufslehre oder eine weiterführende Schule absolvieren zu können.

Wir wünschen Ihnen viel Freude beim Lesen und melden uns nach den Sportferien wieder. Der nächste Newsletter erscheint am 11. März.

Für die Redaktion: *Marianne Wüthrich*

Bildungspolitik: Wenn aus mehr weniger wird

EDU-Standpunkt, 2/2023, Die Fragen stellten Lisa Leisi und Anian Liebrand

Carl Bossard war sein Berufsleben lang Pädagoge mit Leib und Seele. Der Zuger hat viele Lehrerinnen und Lehrer sowie Generationen von Mittelschülern ausgebildet. Im «Standpunkt»-Interview äussert er sich zur Entwicklung der Volksschule und den aus dem Ruder gelaufenen Schulreformen.

«Standpunkt»: Herr Dr. Bossard, über Jahrzehnte haben Sie die Entwicklung des Bildungswesens in der Schweiz hautnah miterlebt. Was wurde Ihrer Ansicht nach besser, was schlechter?

Carl Bossard: Die Schule ist zu komplex, um sie auf binäre Art in bessere und schlechtere Aspekte zu unterteilen. Das geht nicht. Wir können aber fragen, was anders geworden ist. Da genügt ein Vergleich zwischen einer alten Klassenfoto und einem Porträtbild heutiger Schulklassen.

Was genau hat sich verändert?

Die Impressionen aus den 50er- und 60er-Jahren machen es deutlich: Klassen mit gegen 50 Schülerinnen oder Schülern waren die Regel, dazu eine Lehrerin, ein Lehrer. Ich bin in der Stadt Zug aufgewachsen. Wir waren eine reine Bubenklasse, alle sprachen Deutsch. Fächer kannten wir nur wenige; geschult wurden vor allem die kulturellen Basiskompetenzen Lesen, Schreiben, Rechnen.

Gab es dabei bestimmte Methoden?

Was wir «durchnahmen», nahmen wir gründlich durch, mündlich und schriftlich, mit vielen Sinnen, präzise und diszipliniert. Ein Ding richtig können ist mehr als Halbheiten im Hundertfachen. Was Goethe sinngemäss sagte, verlangte unser Fünft- und Sechstklassenlehrer. Nicht vielerlei treiben, sondern eine Sache intensiv und genau! – Non multa, sed multum!, heisst es beim römischen Gelehrten Plinius.

Jeden Aufsatz hat er als Schriftsteller und Theatermensch sauber korrigiert und mit jedem Einzelnen persönlich besprochen. In zwei Jahren schrieben wir gegen 20 Aufsätze. Das bedeutete für ihn die Korrektur von rund tausend Texten. Unser Lehrer verkörperte und verlangte etwas von dem, was der Kognitionsforscher Howard Gardner als Intelligenzen für das 21. Jahrhundert



formuliert: diszipliniertes und kreatives Arbeiten und Denken.

Es war eine harte und autoritäre Schule, fordernd und anspruchsvoll, bemüht um elementares Basiswissen – eine Bildung, die sich ganz unflexibel einer Sache und ursprünglicher Erfahrung hingab. Welcher Wandel der Modelle und Methoden, der Themen und Stile von heute im Vergleich zu damals. Das kollektive Lernen, die geführte Instruktion im Klassenverband – heute oft als Frontalunterricht diskreditiert –, hat sich zugunsten des individualisierten und selbstorganisierten Lernens verschoben. Kurz: Die Schule ist vielfältiger oder eben heterogener, bunter und in der Fächervielfalt auch bedeutend breiter geworden.

Die öffentlichen Bildungsausgaben pro Jahr sind in der Schweiz von 1990 bis 2019 von rund 17 auf fast 40 Milliarden Franken gestiegen. Gleichzeitig ist das Schulniveau wohl eher gesunken. Woran liegt das? Wo ist der Wurm drin?

Das ist eine vielschichtige Frage. Wir stellen fest: In den internationalen Vergleichsstudien fallen wir kontinuierlich zurück. Beim letzten PISA-Test, publiziert im Dezember 2019, lag die Schweiz beim Lesen auf Platz 27. Sie dümpelte damit unter dem OECD-Durchschnitt und klar hinter Deutschland.

Wie sollen wir das verstehen?

Ich nenne nur ein einziges Beispiel: Jeder Sechste unserer 15-Jährigen verlässt die Schule ohne die notwendigen sprachlichen Grundkenntnisse. Das sei schlicht «ein Systemversagen», sagt Stefan C. Wolter, der Direktor der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung. Und er fügt bei: «Bei einer durchschnittlichen Klassengrösse von 19 Schülern können in der Schweiz bei Schulabschluss zwei bis drei Schüler pro Klasse nur unzureichend schreiben und lesen.» Die Bildungsverantwortlichen schweigen. Das Systemversagen scheint sie nicht zu stören. Nach den Gründen fragt kaum jemand. Und dies im Bildungssystem mit den weltweit höchsten Ausgaben pro Schulkind! Das macht mich betroffen. Warum lässt die Politik so etwas kommentarlos zu?

Und die Gründe?

Die Schule hat eine Kaskade von Top-down-Reformen erlebt: zusätzliche Fächer mit den zwei Fremdsprachen Frühenglisch und Frühfranzösisch in der Primarschule, das ganze Qualitätsmanagement, altersdurchmischtes oder jahrgangsübergreifendes Lernen, der Lehrplan 21 mit den eng gerasterten Kompetenzen und ihren Kontrollen, die Integrative Schule mit dem Ziel der Inklusion. Wir haben vieles verändert, ohne das «Gesetz der ungewollten Nebenwirkungen in der Erziehung» zu beachten, wie es der Philosoph und Pädagoge Eduard Spranger 1965 formuliert hat.

Können Sie das erklären?

Manches ist dazugekommen – weggenommen wurde wenig. Die Folgen sind spürbar: Druck und Hektik steigen, Verweilen und Vertiefen nehmen ab. Viele Dinge können nur noch flüchtig gestreift werden. Inhalte lösen einander schnell ab. Sie prägen sich nicht tief ein, werden kaum Erfahrung und bleiben Bruchstück. Zu vieles muss in zu kurzer Zeit erarbeitet werden – und zwar von den Kindern selber. Eigenverantwortet und selbstgesteuert. Lernschwächere und mittelmässige Schüler sind benachteiligt. Das zeigt die Unterrichtsforschung.

Darum erstaunt es nicht, dass selbst intelligente Kinder am Ende der Primarschule in den Grundfertigkeiten des Rechnens und Schreibens oft grosse Lücken aufweisen. Wenn sie diese Grundlagen beherrschen, stehen nicht selten engagierte Eltern oder private Nachhilfeinstitute dahinter. Eine Google-Recherche zu den Stichworten «Nachhilfe, Gymi-Vorbereitung, Zürich» ergibt eine lange Liste von Angeboten – vom Schwarz- und Graumarkt für Zusatzlektionen nicht zu reden. Die Nachfrage muss gross sein, sonst gäbe es diesen Markt nicht.

Das heisst, es wird zu wenig geübt?

Die Schule hat sich ins fachliche Vielerlei verabschiedet. Der Lehrplan 21 ist überladen. Er verlangt und verfolgt zu viele Ziele gleichzeitig: Deutsch, Frühenglisch, Frühfranzösisch usw. Wenn die Aufgabenfülle steigt und die Inhalte zunehmen, reduziert sich die Übungszeit. Das ist schlichte Proportionsrechnung. Lehrerinnen und Lehrer kommen kaum mehr zum Üben, geschweige denn zum vertieften Automatisieren und Konsolidieren. Verbindlichkeit und Effizienz der Lernprozesse nehmen ab. Aus der Gedächtnispsychologie wissen wir aber: Je stärker wir eine Grundfertigkeit im



täglichen Leben brauchen, desto intensiver müssen wir sie trainieren. Das gilt insbesondere für die grundlegenden Kulturtechniken wie Lesen und Schreiben.

Wie beurteilen Sie die Frühfremdsprachen? Bringen diese einen Mehrwert für die Kinder?

Momentan werden die Schülerinnen und Schüler mit der ersten Fremdsprache konfrontiert, bevor sie richtig lesen und schreiben können. Vor allem für schwächere und fremdsprachige Schüler ist diese Situation enorm belastend. Zudem sind die Lernresultate ernüchternd. Die logische Konsequenz wäre, mindestens eine der frühen Fremdsprachen wegzulassen, um mehr Zeit für die Basics zu erhalten. In der Primarschule muss man sich wieder stärker auf die Grundfertigkeiten im Lesen, Schreiben und Rechnen konzentrieren. Angesagt wäre «back to the basics». Andere Länder gehen diesen Weg.

Immer mehr Schüler machen die Matura, andererseits suchen Unternehmen händeringend nach Handwerkern. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?

Höhere Quoten gehen oft mit sinkenden Ansprüchen einher. Der Zusammenhang von «upgrading access and downgrading skills» ist bildungsgeschichtlich nichts Neues: Qualität und Quote korrelieren umgekehrt. Die Ansprüche werden nivelliert. Gemäss Intelligenzforschung gehören etwa 20 Prozent eines Jahrgangs ans Gymnasium.

Wo sehen Sie die Gründe, dass die Schulen kaum mehr genügend Lehrer finden?

Die Aufgabenfülle von Lehrerinnen und Lehrern wird grösser, der Berufsauftrag anspruchsvoller. Der administrative Aufwand steigt. Die verstärkte Integration ganz unterschiedlicher Kinder in die gleiche Klasse führt zu zusätzlichen Störungen. Der «Beobachter» spricht gar vom «Tobuwabohu im Klassenzimmer» und davon, dass es heute selten mehr eine Klasse gebe, in der man sich auf die Vermittlung des Schulstoffs konzentrieren könne. Das erschwert das Unterrichten und erhöht den Zeitbedarf für jedes einzelne Kind. Die vielen Koordinationsabsprachen mit der Heilpädagogin und dem Schulpsychologen, der Lehrerin für Integrierte Förderung IF und dem Schulsozialarbeiter sind aufwendig und rauben Energie. Die Arbeitszeit reicht vielfach nicht aus. Das führt zu Überstunden; sie resultieren aus den vielen Zusatzaufgaben mit vermehrten Elterngesprächen und nicht aus der Arbeit im Klassenzimmer. Viele fliehen darum in Teilpensen oder verlassen das Schulzimmer für immer. Ein Fakt mit Folgen.

Kurz: Die künstlich konstruierte Komplexität von Schule und Unterricht macht manchen Lehrerinnen und Lehrern zu schaffen. Das Eigentliche und Wesentliche wird verdrängt. Der Kernauftrag des Unterrichtens, so sagen viele, verkomme zur Nebensache. Die Bürokratie wuchert; das ruft nach immer mehr Verwaltungsleuten. Darum ist die Zahl der Bildungsfunktionäre überproportional gewachsen.

In der «NZZ» sagten Sie, dass Sie nicht sicher seien, ob Sie im Nachhinein nochmals den Lehrerberuf ergreifen würden. Warum?

Ich war leidenschaftlich gerne Lehrer, und ich habe immer unterrichtet, auch als Direktor der Kantonsschule Luzern und als Gründungsrektor der Pädagogischen Hochschule Zug. Mich fasziniert es, mit jungen Menschen unterwegs zu sein, ihren Gedankenkreis zu erweitern und sie so zu Verstehenden auszubilden. Ein wunderbarer Beruf!

Und doch bin ich nicht sicher, ob ich nochmals Lehrer würde. Die Gründe sind schnell genannt: Ebenso prägend wie die Leidenschaft für die Pädagogik war für mich stets die Freiheit, die ich als Pädagoge hatte. Mit Freiheit ist Verantwortung verbunden – in diesem Fall die Verantwortung für die Kinder und ihre Lernfortschritte. Verantwortung wahrnehmen braucht Freiheit. Die Leidenschaft fürs Pädagogische und damit die humane Energie kommen aus Freiheit, nicht aus lehrmethodischen Direktiven und engen operativen Vorgaben.

Was meinen Sie damit konkret?

Es gibt zu viele administrative und koordinative Aufgaben. Wir haben in unserem Bildungssystem eine unnötige Komplexität geschaffen; sie raubt den Lehrerinnen und Lehrern viel von ihrem Freiraum. Die Vorschriften wirken wie ein Korsett. Sie rufen zudem das Gefühl eines ständigen Nicht-Genügens hervor oder – anders ausgedrückt – das Empfinden: «Ich müsste doch noch mehr tun!»



Traumberuf LehrerIn-Lehrer, das war einmal. Vertrauen von oben, diese wichtige Grundvoraussetzung zur Reduktion der Komplexität, wie es der Systemtheoretiker Niklas Luhmann nennt, wird vielfach mit Kontrollen und Vorschriften von oben vertauscht.

Was macht für Sie eine gute Schule beziehungsweise einen guten Lehrer, eine gute LehrerIn aus?

Eine gute Schule ist eine pädagogisch geleitete Schule. Sie besteht aus engagierten Lehrerinnen und Lehrern. Sie bauen eine tragende Beziehung zu ihren Schülerinnen und Schülern auf, ermutigen und begeistern und können auch mit schwierigen Kindern umgehen. Sie glauben daran, dass sie für ihre Kinder wirksam sind: «Die Kinder lernen etwas bei mir.»

Herr Dr. Bossard, wir danken Ihnen herzlich für dieses schriftlich geführte Interview! Wir wünschen Ihnen Gottes Segen und dass Sie noch lange Ihr Wissen und Ihre Erfahrungen weitergeben können. ●

Zur Person

Dr. phil. Carl Bossard, geboren 1949, war Rektor der Kantonalen Mittelschule Nidwalden, Direktor der Kantonsschule Luzern, Gründungsrektor der Pädagogischen Hochschule Zug sowie Lehrer am Seminar und an der Kantonsschule Zug. Heute ist er als Kursleiter, Referent und Schulberater tätig. Weitere Infos: www.carlbossard.ch

«Eine Schulklasse ist per se keine Freundesgruppe»

Nebelspalter, 30.1.2023, Daniel Wahl

Allan Guggenbühl zu Gewalt an den Schulen

Zwei von drei Lehrern haben innerhalb der letzten fünf Jahre psychische oder physische Gewalt erlebt; hochgerechnet betrifft das rund 65'000 von 100'000 Lehrerinnen und Lehrer. Die Resultate der Studie «Gewalterfahrungen von Lehrpersonen», die der Dachverband der Lehrer (LCH) publiziert hat, sorgte in den letzten Tagen in den Medien landesweit für gegen 200 Schlagzeilen. Der Fokus der Berichterstattung richtete sich ausschliesslich gegen die wachsende

Was wichtig ist:

- Zwei Drittel der Lehrer geben an, von Gewalt betroffen zu sein, die sich in den meisten Fällen in Form von Beleidigungen ausdrückt.
- Mit 26 Prozent geht ein bedeutender Anteil von Gewaltvorfällen von Lehrern und Schulleitungen selber aus.
- Allan Guggenbühl sieht Schwachstellen im System der Volksschule.

Gewaltbereitschaft von Eltern und Schüler, die in der Tat mehr als zwei Drittel aller Vorfälle ausmachen. Doch mit 26 Prozent Anteil erfahren die Lehrer einen bedeutenden Anteil an Gewalt durch Arbeitskollegen und Vorgesetzte (Schulleitungen), was wiederum nirgends zum Thema gemacht worden ist. Die Schulhäuser als Schauplatz von Gewaltkonflikten – bieten sich Lösungsansätze? Der promovierte Psychologe und Psychotherapeut, Allan Guggenbühl, Leiter des Instituts für Konfliktmanagement und Mythodrama in Zürich, hat Antworten.

Herr Guggenbühl, wie viele Lehrer melden sich in Ihrer Praxis, die von Gewalt betroffen sind – Gewalt in der häufigste Form als Beleidigungen, dann Mobbing bis zu Drohungen und eher selten physische Gewalt?

Allan Guggenbühl: Das ist schwierig zu sagen, weil die Betroffenen in verschiedenen Phasen eines Problems unsere Beratung suchen. Oft genügen telefonische Ratschläge, in anderen Fällen



machen wir direkte Interventionen, arbeiten mit den Klassen, den Eltern und natürlich den Lehrpersonen und Schulleitungen.

Wann wenden sich Lehrer an Sie?

Sie melden sich in der Regel, wenn sie erschöpft und verzweifelt sind. Sie leiden wegen den Intrigen von Elterngruppen oder Vorfällen in der Klasse. Eltern schliessen sich zusammen und beschwerten sich über den Unterrichtsstil einer Lehrperson oder unruhige Schüler. Es spielt in der Folge eine grosse Rolle, wie die Schulleitung reagiert. Ein Beispiel dazu: Eine engagierte Lehrerin nahm einem Schüler das Sackmesser weg. Sie versprach es nach dem Unterricht zurückzugeben. Der Schüler holte es sich jedoch selbst wieder aus der Schublade des Lehrerpults, offensichtlich ein Übergriff. Die Eltern waren hingegen empört, dass die Lehrerin das Sackmesser ihrem Sohn wegnahm. Ihr Sohn sei doch nicht gemeingefährlich! Sie reklamierten bei der Schulleitung, mit der Folge, dass der Unterricht der Lehrerin von der Schulleitung evaluiert und die Lehrerin gemassregelt wurde. Die Lehrerin hatte das Gefühl, ihr Vorgesetzter sei ihr in den Rücken gefallen.

Welche Fehler wurden da gemacht?

Das ist ein Grundgesetz bei der Konfliktbewältigung: Konflikte müssen dort gelöst werden, wo sie entstehen. Nicht alle Schulleitungen folgen diesem Prinzip. Statt die Beteiligten aufzufordern, den Konflikt zu lösen, wird er zu einem Vorfall. Aussenpersonen suchen nach Lösungen. Eltern und Schüler zeigen jedoch vor Schulleitungen, mit der sie nicht im Konflikt stehen, oft ein anderes Gesicht, sie beschuldigen die Gegenseiten. Eine Beurteilung wird für die Schulleitung schwierig, die Gefahr ist, dass sie die Darstellung der Eltern übernehmen oder aber, das Gegenteil, Kritik an der Schule abblocken. Aus diesem Grunde sollte man, wann immer möglich, die Lehrperson anweisen, den Konflikt vor Ort zu lösen. Etwas, das jedoch wiederum vielen Lehrpersonen widerstrebt.

**«Konflikte müssen dort gelöst werden, wo sie
entstehen. Nicht alle Schulleitungen folgen
diesem Prinzip.»**

Haben viele Lehrer Angst vor auftrumpfenden Eltern?

Ja. Sie befürchten, dass die Eltern Vorwürfe verbreiten, und dass diese Allianzen bilden. Wenn es dem Kind in der Schule gut geht und die Noten stimmen, dann ist auch die Zusammenarbeit Eltern-Schule meistens kein Problem. Sobald es jedoch zu Differenzen kommt, dann betreten alle ein Minenfeld. Bedauerlicherweise herrscht immer noch die Vorstellung, dass alle am gleichen Strick ziehen. Das ist eine Täuschung. Eltern verfolgen andere Interessen als Lehrpersonen. Eltern verstehen sich als Coaches ihrer Kindern, sie wollen ihren Nachwuchs «empowern». Eine Lehrperson kann sich hingegen nicht nur als Coach der einzelnen Kinder verstehen, sondern muss sich auch als Autorität vor der Gesamtklasse etablieren. Sie ist für die Einhaltung von Regeln und das Klassenklima verantwortlich, muss dafür sorgen, dass die Schüler und Schülerinnen dank einer guten Beziehung zur Lernperson lernen. Lernen ist immer ein Nebeneffekt von guten Beziehungen.

Machen die Schulen Fehler bei der Konfliktlösungen, so dass es Eltern zu beleidigen beginnt?

Konflikte sind weniger wahrscheinlich, wenn man miteinander palavert. Man bespricht sich im informellen Rahmen, zwischendurch, tauscht sich auch über ausserschulischen Themen aus. So werden mögliche Konflikte verhindert. Die Schule hat jedoch eine Professionalisierungswelle erlebt, die zum Teil problematisch ist. Abläufe und Gespräche wurden formalisiert, man folgt Richtlinien und schreibt eifrig Protokolle. Da entsteht bei Eltern schnell das Gefühl, ist das ein Verhör? Ich kann das Wort Professionalisierung darum nicht mehr hören; es wird als Ausflucht genommen, um Kritik des eigenen Vorgehens abzuwehren.

Wird unter solchen Voraussetzungen ein Gespräch zwischen Eltern und Lehrern nicht sehr schwierig?

Ich hatte mit einem Fall zu tun, da berief sich eine Lehrerin einer sechsten Klasse bei ihrer Entscheidung auf Berichte auf der Kindergartenzeit des Knaben. Die Mutter war entsetzt. Sie hatte den Eindruck, dass das Urteil über ihren Sohn schon längstens gefällt worden war, und dass er keine



Chance hatte. Ich verstehe, dass die Erfahrungen vorgängiger Lehrpersonen weitergereicht werden, doch dürfen wir keine Fichenkultur einführen, die zu Vorurteilen führt. Kinder sind in Entwicklung, verändert sich, sie haben darum ein Recht auf einen Neustart und eine unvoreingenommene Neubeurteilung.

«Kinder sind in Entwicklung, verändert sich, sie haben darum ein Recht auf einen Neustart und eine unvoreingenommene Neubeurteilung.»

Und ist das nicht der Fall, dann steht der Anwalt auf der Matte ...

Diese Eskalationsstufe sollte man, wann immer möglich, verhindern. Lehrpersonen lassen sich jedoch oft einschüchtern, wenn von Anwälten die Rede ist. Ausser Ausgaben und schlaflosen Nächten bringen die Prozesse meistens nichts, auch nicht den Eltern. Anwälte sprechen oft eine ganz andere Sprache und bringen eine Gewichtung des Geschehens ein, die nicht zur Schule passt. Auf Drohungen sollten Lehrperson nicht eingehen.

Inwiefern haben Promotionsentscheide einen Einfluss auf Gewaltvorkommnisse?

Verständlicherweise haben Eltern Mühe mit Promotionsentscheiden, wenn sie nicht in ihrem Sinn ausfallen. Es kommt zu Spannungen und Konflikten. Was Eltern oft nicht akzeptieren, ist, wenn das Verhalten ihres Sohnes oder ihrer Tochter in der Promotionsentscheidung oder anderer Schulmassnahme eine Rolle spielt. Die Beurteilung von Kindern umfasst heute ja nicht nur die Leistungen, sondern auch das Verhalten. Damit hat sich die Volksschule jedoch auf Glatteis hinausgewagt. Das Verhalten der Schüler und Schülerinnen wird als Ausdruck der personalen Kompetenzen verstanden, die vor allem von den Eltern beeinflusst werden. Soziale Kompetenzen wie Teamfähigkeit oder Konfliktfähigkeit sind wichtig, doch das Verhalten eines Kindes ist auch entscheidend vom Setting abhängig. Da spielen die Raumgestaltung, die Dynamik in der Klasse, Moden und Sympathien auch eine Rolle. Ein Kind kann sich in einer Klasse ruhig und angepasst verhalten, in einer anderen oder späteren Klasse jedoch zu einem Querulanten werden. Es hängt nicht alles von den personalen Kompetenzen ab. Und wenn die Lehrperson dann einen Promotionsentscheid oder Sondermassnahmen durch das Verhalten in der Klasse begründet und vielleicht noch fordert, dass die Eltern Massnahmen treffen, kann diese bei Eltern Konsternation auslösen.

Kann der Einbezug der Eltern bei Schulanlässen oder im Unterricht helfen, die Gewaltbereitschaft abzubauen?

Ja, das kann helfen. Aber Eltern sind keine Hilfskräfte der Lehrpersonen. Ausserdem haben die Schülerinnen und Schüler nicht immer gerne, wenn Eltern in der Schule aufkreuzen. Vor allem in den späteren Primarschuljahren und in der Sekundarschule wollen sie die Schule als Privatbereich behalten.

Die Studie des Dachverbands der Lehrer weist aus, dass zwei von drei Betroffenen innerhalb von fünf Jahren eine Gewalterfahrung gemacht hat. Ist das viel? Oder ist bloss der Katalog der Gewalt umfangreicher geworden, so dass der Betroffenenkreis ausgedehnt ist?

Es gehört zur Aufgabe der Lehrperson, dass sie auch mit schwierigen Eltern und Kindern umgehen können. Und es ist völlig normal, wenn etwa ein Fünftel der Eltern mit dem Unterricht unzufrieden sind. Denn es ist nicht möglich, es allen recht zu machen. Schnell unterliegen die Lehrpersonen dem Eindruck, dass Kritik und Beleidigungen überhandnehmen, weil sich oft nur die Unzufriedenen melden. Die anderen sagen ja in der Regel nichts. Da die Unzufriedenen jede Woche aufkreuzen, haben die Lehrpersonen das Gefühl, alle seien gegen sie. Aufgabe der Schulleitungen ist es, ihre Mitarbeiter in solchen Situationen zu schützen.

«Es ist völlig normal, wenn etwa ein Fünftel der Eltern mit dem Unterricht unzufrieden sind.»



Hinzu kommt, dass Lehrpersonen öffentliche Figuren sind. Und sobald jemand in der Öffentlichkeit steht, sind auch jene Leute zur Stelle, die öffentlich zu «dreckeln» beginnen. Für Lehrpersonen, die persönlich und mit Herzblut in die Ausbildung der Kinder investieren, ist es hart, wenn sie Ablehnung und Kritik erfahren. Aber man muss auch immer in Erwägung ziehen, dass die Kritik stimmen könnte. Kein Mensch ist perfekt.

Ist die Schule ein geeigneter Ort zur Konfliktbewältigung, wenn man nun statistisch weiss, dass 26 Prozent der Lehrer Gewalt durch das eigene Arbeitsumfeld erfahren – durch ihre Kollegen und Vorgesetzten?

Das ist schlimm, wenn man durch die Arbeitskollegen geschnitten wird. Ich konnte das bei Kriseninterventionen in den Lehrerzimmern beobachten. Da kommt der Kollege zur Tür herein und grüsst nicht; sie sagt, ja, der ist halt etwas speziell. Lehrerkollegen sind sehr unterschiedlich, es gibt Super-teams und solche, in denen Spannungen herrschen und in denen es zu Mobbing kommt.

Warum können Menschen Konflikte nicht friedlich lösen, sondern neigen zu Gewaltausbrüchen?

Konflikte emotionalisieren führen zu Wahrnehmungsverengungen, der Betroffene ist in seinem Thema gefangen und kann nicht abstrahieren. Man beginnt, seine Gründe persönlich zu objektivieren, ist von seiner eigenen Unschuld überzeugt und wird oft weniger zugänglich für andere Ideen und Lösungen. Am Schluss ist man verhärtet, beginnt zu beschuldigen und nimmt Extremsituationen ein. Darum braucht es externe Hilfe.

Bemerkenswert ist, dass die Studie des Dachverbands der Lehrer die kulturellen Hintergründe der Gewalt überhaupt nicht untersucht hat. Spielen sie eine Rolle?

Ein schwieriges Thema. Man will nicht fremdenfeindlich sein gegenüber den Deutschen oder dem Islam. Kulturelle Unterschiede führen jedoch oft zu Konflikten, die oft auch nicht sofort lösbar sind. Man stösst auf Beton. Einige Kulturkreise halten unsere Lehrer für lasch. In ihren Augen sind nicht-autoritäre Lehrpersonen Schwächlinge. Man kann ihnen in der Folge auf der Nase herumtanzen. Es gibt auch religiöse Kreise, die glauben zu wissen, wie die Welt funktioniert. Sie wollen, dass ihre Werte und Massstäben gelten. In Fällen von ideologischer Fixierung ist eine Konfliktlösung nahezu aussichtslos und wird auch als Zeichen der Schwäche interpretiert.

**«Je mehr Personen sich im Klassenzimmer
aufhalten, desto mehr verlieren die Kinder ihre
Bezugsperson. Das schadet dem Schulklima.»**

Der Dachverband der Lehrer nennt als Lösung «Gestaltung eines gewaltfreien Schulklimas».

Was könnte das bedeuten?

Man muss sich bewusst sein: Eine Schulklasse ist per se keine Freundesgruppe. Da kann der Schulstart sehr stürmisch sein. Als ersten Schritt sollte die Lehrperson die Regeln für einen gemeinsamen, guten Schulunterricht bekannt geben. Dies sollte möglichst bestimmt und freundlich erfolgen. Vor allem in den ersten paar Wochen. Die sogenannte Initialanpassung ist für einen gelingenden Schulstart extrem wichtig. Die Klassenlehrerin sollte zur klaren Bezugsperson werden; Schüler sollten nicht einfach zur Schule gehen, sondern «zur Frau Häberli». Aber je mehr Personen sich im Klassenzimmer aufhalten, desto mehr verlieren die Kinder ihre Bezugsperson. Das schadet dem Schulklima.

In einer Schule, die schon auf Primarschulstufe unzählige Fachlehrer, Heilpädagogen, Schulsozialarbeiter, Assistenten und Teilzeitangestellte einsetzt, die kommen und gehen, ist doch eine «Initialanpassung», wie Sie sagen, gar nicht mehr möglich.

Ja, das scheint mir eine Schwachstelle unseres Schulsystems zu sein. Man will keinen autoritären Lehrer mehr und keinen Klassenlehrer, der im Klassenzimmer den Tarif durchgibt. Lieber präsentiert man sich als offene Lehrperson. Dabei wäre es für ein gutes Klima wichtig, wenn man die Parole bekannt gibt: «Du hast es gut mit mir, wenn du dich anstrengst.» Schülerinnen und Schüler



sind nicht unbedingt an Lerninhalten interessiert, jedoch an guten Beziehungen. Und dafür müssen sie ihren Beitrag leisten.

Besuch bei Nachhilfelehrerin: Dank 5000-Franken-Kurs durch die Gymiprüfung?

Sonntagszeitung, 4.2.2023, Chris Winteler

Viele Eltern wollen ihre Kinder unbedingt ins Gymnasium bringen – und schicken sie zur Vorbereitung in Intensivkurse. Zum Beispiel bei Evelyn Jossi, die so einiges zu berichten hat.

Nur noch einen Monat bis zur Gymi-Prüfung am 6. März. Nur noch wenig Zeit, um den Prüfungsstoff zu büffeln. Hochsaison für Nachhilfelehrerin Evelyn Jossi (53), sie gibt Kindern und Jugendlichen noch den letzten Schliff.

Evelyn Jossi empfängt in ihrem Daheim in Zürich-Oerlikon, hier hat sie auch ihr «Schulzimmer» eingerichtet: Bildschirm, Tablet, Dokumentenkamera stehen auf dem Pult, aller Unterricht findet online statt. Vor 13 Jahren gründete die ausgebildete Sekundarlehrerin ihre Privatschule in Erlenbach am rechten Ufer des Zürichsees. Mit Corona kam der Onlineunterricht – hier ist er geblieben. Weil der Weg entfällt und weil die Schülerinnen und Schüler konzentrierter bei der Sache seien.

Eltern von der Goldküste

Ihre Kundschaft: Wohlhabende Eltern von der Goldküste, darunter viele Akademiker und Expats, die bereit sind, Tausende Franken in die Gymivorbereitung zu investieren, weil ihr Kind um jeden Preis an die Kantonsschule kommen soll.

Die Plätze bei Lehrerin Jossi sind begehrt: Mindestens eineinhalb Jahre vor dem Prüfungstermin sollten die Eltern ihren Nachwuchs für die Gymivorbereitung schon anmelden, sagt sie. Für die Kurse ab den Sommerferien gibt es bereits eine Warteliste.

Der Kurs dauert 21 Wochen, die Primarschüler pauken zwei Stunden, die Sekundarschüler 2,5 Stunden pro Woche. Die Vorbereitung für das Langzeitgymi kostet 2735, jene fürs Kurzgymi 3900 Franken. Meistens werden noch ein paar Stunden Einzelunterricht (160 Franken) und ein Intensivkurs (600 bzw. 750 Franken) kurz vor der Prüfung gebucht – 5000 Franken kommen so gut und gern zusammen. Ein schöner Batzen Geld.

«Am Ende ist es das Kind, das die Leistung erbringen muss.» Evelyn Jossi

«160 Franken für 60 Minuten Einzelunterricht sind absolut im Rahmen», sagt Evelyn Jossi, «das bekommt jeder Handwerker.» Und wie sicher ist das Geld investiert? Kann man sich den Eintritt ins Gymnasium damit erkaufen? «Ich mache keine Versprechungen. Am Ende ist es das Kind, das die Leistung erbringen muss.»

50 Prozent aller Prüflinge fallen durch. Jossis Erfolgsquote ist deutlich höher: 65 bis 80 Prozent ihrer Schützlinge schaffen es – selbstverständlich führt sie Buch darüber. Aber: «Ich will das Kind nicht um jeden Preis ins Gymi bringen.» Lieber verzichte sie aufs Geld, vor allem wenn sie merkt, dass das Kind gar nicht will.

Sie nimmt nicht jedes Kind

Jossi beschreibt sich als «kurz und bündig und sec». Sie rede nicht um den heissen Brei herum, sowohl die Eltern als auch das Kind sollen wissen, woran sie sind. Und sie nehme längst nicht jedes Kind. «Wenn die Schulnoten zu tief und zu viele Defizite da sind, wenn die Lernhaltung nicht stimmt, dann bringt es nichts.»



Sie erwartet von ihren Schülerinnen und Schülern einen gewissen Biss. Die Bereitschaft, auf anderes zu verzichten. Unglaublich, wie wahnsinnig verplant schon Primarschüler seien. Manche machten zwei, drei Sportarten und spielten dazu noch ein Instrument. Auch hier sage sie den Eltern klipp und klar, dass es sich lohnt, das eine oder andere Hobby vorübergehend zu streichen. «Die Gymivorbereitung ist eine harte Zeit, da muss man Prioritäten setzen.»

«Die Kinder werden in der Primarschule verhätschelt.» Evelyn Jossi

Lehrerin Jossi hat den Ruf, fordernd und streng zu sein. Eine konsequente Haltung, die manche Eltern in der öffentlichen Schule vermissen, das höre sie immer wieder: «Die Kinder werden in der Primarschule verhätschelt.» Die Lehrerinnen und Lehrer würden nichts mehr von ihnen verlangen. Hausaufgaben geben, auswendig lernen? Das sei heute verpönt.

Und so fehle es bereits intelligenten Fünftklässlern an einer soliden Grundlage. In der Rechtschreibung und im Rechnen zeigten sich die grössten Defizite. Jossi redet sich in Fahrt: «Das Einmaleins? Sie glauben nicht, wie viele Kinder das nicht sauber können.» Schon die einfachste Addition bringe sie ins Stolpern: «2 plus 3, 4 plus 5, 6 plus 8», Jossi schnippt mit den Fingern, «das muss doch einfach sitzen.» Und so müsse sie in der Gymivorbereitung unter anderem das Einmaleins durchführen, bis es sitze.

Haben Mädchen und Buben unterschiedliche schulische Stärken und Schwächen? Das nicht, was aber auffallend sei: «Buben schätzen sich in der Regel zu gut ein, Mädchen eher zu schlecht.» Generell seien Buben selbstbewusst und überzeugt von sich, «Buben werden von den Eltern nach wie vor mehr verwöhnt, das ist wirklich frappant».

Abbruch bei Regelverstoss

Evelyn Jossi gibt die Regeln durch: Pünktlich sein. Hausaufgaben machen. Und zwar seriös, das heisst die Aufgaben nicht nur erledigen, sondern daraus lernen. Was, wenn die Ufzgi nicht gemacht sind? «Dann folgt eine Nachricht an die Eltern.» Wer wiederholt gegen die Regeln verstösst, der fliegt.

Wenn sie merke, dass es nicht fürs Gymi reichen wird, bricht sie ab, «ich will den Eltern und dem Kind keine falschen Hoffnungen machen». Selbst einen Monat vor dem Prüfungstermin habe sie Eltern schon gebeten, ihr Kind nicht an die Prüfung zu schicken: «Warum sich eine Ohrfeige holen? Ein Misserfolg tut weh und nagt am Selbstwert, das soll man dem Kind ersparen.»

Trend zum Gymnasium

Die Frage sei erlaubt, gehört ein Kind, das Nachhilfestunden für Tausende von Franken benötigt, tatsächlich ins Gymi? «Diese Frage regt mich richtig auf», ist Jossis Antwort. «Würden Sie unvorbereitet an eine Prüfung? Niemand schafft die Gymiprüfung ohne Vorbereitung.»

Aber weshalb muss es unbedingt das Gymi sein? Warum ist unsere Berufslehre, die weltweit Vorbildcharakter hat, und Fachkräfte gesuchter sind denn je, keine Option? Gerade an der Goldküste sei der Besuch der Kantonsschule nicht zuletzt mit sozialem Prestige verbunden, sagt Jossi. Sie spricht von einem wahren «Gymi-Hype». Schweizweit stieg der Gymi-Anteil in den letzten 20 Jahren von knapp 20 auf 27 Prozent; die Lehrlingsquote sank von 75 auf 66 Prozent.

«Jetzt wird vor allem aufgepäpelt, nicht mehr geschimpft, nur noch ermutigt.» Evelyn Jossi

Evelyn Jossi stammt weder aus einer wohlhabenden noch aus einer gebildeten Familie, das Gymi sei «absolut kein Thema» gewesen. Nur dank hartnäckigem Zureden der Primarlehrerin habe sie sich an die Prüfung gewagt – «mit Mühe und Not bestanden und ein Jahr repetiert». Sie weiss aus



eigener Erfahrung: «Chancengleichheit ist ein Märchen.» Die einen Eltern können teure Vorbereitungskurse bezahlen oder ihren Kindern selbst beim Aufgabenlösen helfen. Die anderen können beides nicht.

Nun also der Endspurt für die Gymiprüfung in wenigen Wochen. In den Sportferien steht ein Intensivkurs samt Prüfungssimulation an: «Jetzt wird vor allem aufgepäppelt, nicht mehr geschimpft, nur noch ermutigt», sagt Jossi.

Hat sie zum Schluss vielleicht noch einen Tipp gegen Prüfungsangst? «Es steht und fällt mit der Vorbereitung», sagt Jossi, «wer gut vorbereitet ist, hat keinen Grund, den Kopf zu verlieren.» Ihren Nachhilfeschülerinnen und -schülern gibt sie einen speziellen Rat und Halt mit auf den Weg: «Denk an mich, denk daran, was ich dir gesagt habe: (Frau Jossi hat gesagt, ich kann das schaffen!)»

Chris Winteler ist Reporterin bei der Sonntagszeitung. Sie ist gern unterwegs, im In- und Ausland, berichtet über aktuelle Anlässe und stellt Menschen vor.

Die Integration ist gescheitert

Tages-Anzeiger, 28.1.2023, Debatte, Leserbriefe

«Tages-Anzeiger» vom 21.1. «Ich will eine Schule für alle» - «Ich habe diese ideologischen Debatten satt»

Ich bin Heilpädagogin und seit über 20 Jahren in verschiedenen Schulheimen für Kinder und Jugendliche mit Auffälligkeiten im emotionalen, sozialen und kognitiven Bereich tätig. Jährlich haben wir 50 bis 60 Anfragen für 3 bis 5 Schulplätze. Die Kinder und Jugendlichen, die schliesslich zu uns kommen, haben eine Odyssee aus Schulverweigerung, Klassenwechsel oder Homeschooling hinter sich und brauchen oft Jahre, um wieder an sich und ihre Fähigkeiten zu glauben. Ich frage mich schon, was in der Regelschule schief läuft, dass unser hochschwelliges (sehr teures) Setting oft die letzte Möglichkeit ist. Ich wünschte mir ebenfalls eine niederschwelligere «Zwischenlösung» für gerade jene Kinder und Jugendlichen, die mit ihrem Verhalten Mitschülerinnen zum Teil massiv traumatisieren und Lehrkräfte an ihre Grenzen bringen. Solche Fälle schönzureden oder herunterzuspielen, wie das Andrea Lanfranchi in diesem Artikel gemacht hat, ist den Lehrpersonen gegenüber, die sehr bemüht sind und in den meisten Fällen einen super Job machen, nicht fair. Das Wieder-Einführen von Förderklassen und/oder Timeoutklassen wäre meiner Meinung nach eine notwendige und sinnvolle Lösung.

Rahel Wyss, Almens

Daran, dass Herr Lanfranchi für die Kinder nur das Beste will, zweifle ich keinen Moment. Leider argumentiert er aber klar an der Realität vorbei. Seine Stellungnahme ist voller Widersprüche, er geht von Idealvorstellungen aus, bagatellisiert die Schwierigkeiten oder bezeichnet sie als Ausnahmefälle. Aus dem ganzen Fragenkomplex seien nur zwei Punkte herausgehoben. Erstens: Vielen Kindern, die zwangsweise in Normalklassen eingeteilt wurden, ist es selber gar nicht wohl dabei. Dort herrscht für sie ja eben Segregation und nicht Integration, weil sie dauernd doch irgendwie als Spezialfälle erkennbar sind und nicht mithalten können - absurd. Zweitens: Vielen Eltern von «normalen» Kindern ist es nun einfach verleidet. Wie soll ihr Nachwuchs effizient lernen, wenn ein, zwei Klassenkameraden ständig massiv den Unterricht stören und die Lehrpersonen an den Rand der Verzweiflung bringen? Da nützen alle schönen Worte von Herrn Lanfranchi nichts. Die Integration ist gescheitert. Die Umfrageergebnisse im Tagi zeigen klar: Das Volk will wieder spezielle Abteilungen für Kinder, die nicht in Normalklassen, aber auch nicht in Sonderschulen passen.

Vera Diaz, Zürich

Auch über 15 Jahre nach Einführung der schulischen Integration wird der Schulalltag von Bildungsforschern tapfer negiert. Eine Idee kann noch so verheissungsvoll sein, wenn sie sich nicht umsetzen lässt, bleibt sie Theorie und scheitert. Die Ausbildung unserer Kinder ist kein Spielplatz



der Eitelkeit von Besserwissern, sondern unser wichtigster Faktor einer hoffnungsvoll-erfolgreichen Zukunft.

Didier Schneiter, Zürich

Es wäre interessant zu hören, was Professor A. Lanfranchi sagen würde, nachdem er ein Jahr an einer Volksschulklasse als Klassenlehrer gearbeitet hätte.

Robert Vetter, Dietlikon Pensionierter Klassenlehrer

Der Diskussion um die integrative Schule begegnen Sie, Herr Lanfranchi, mit ideologischen Statements, Handlungsfragen und der Aussage, «dass die schulische Heilpädagogik effizienter und effektiver werden muss». Als praktizierende Heilpädagogin bestätige ich, dass die Diskussion von Handlungsfragen nötig ist. Fakt ist, dass die seit Jahren zunehmenden strukturellen Probleme (Klassengrösse, Raumfragen, Kürzungen von Ressourcen etc.) ideologische Debatten in den Hintergrund drängen und nach Veränderung schreien. Sehr effektiv, wie Sie in Ihren Voten die Lehrpersonen und die schulische Heilpädagogik abwerten, strukturelle Probleme negieren und stattdessen die Verfassung zitieren. Ist das Ihre Haltung? Ich wünsche mir Wertschätzung und Anerkennung für die Arbeit, die an Schulen bezüglich Integration trotz allem geleistet wird, für Menschen, die die schlechten Bedingungen beim Namen nennen und sich getrauen, neue Wege zu beschreiten.

Ursula Schär, Uster

Separierter Unterricht muss wieder möglich sein

Tages-Anzeiger, 28.1.2023, Meinungen, Alessandra Paone

Alle sind sich einig: Die integrative Schule muss verändert werden. Wie? Darüber braucht es eine offene Debatte - frei von Ideologien.

Als 2008 die integrative Schule in der Schweiz definitiv eingeführt wurde, stand die Chancengerechtigkeit im Zentrum. Alle Kinder, unabhängig von ihrer Herkunft, ihren Eigenschaften, Interessen, Fähigkeiten und Lernbedürfnissen, sollten dieselben Voraussetzungen haben. Von einer Schule für alle, so die Überzeugung, würden auch alle profitieren - verhaltensauffällige, leistungsschwache, leistungsstarke und hochbegabte Kinder. Dank Inklusion statt Exklusion würden Diskriminierungen bekämpft und eine integrierende Gesellschaft aufgebaut.

Die hehren Absichten übertönten die Bedenken. Skeptische Lehrkräfte wurden besänftigt, indem man sie vor der Einführung konsultierte und die Bedingungen für den Erfolg der integrativen Schule definieren liess.

Seither sind 15 Jahre vergangen, und von der damaligen Zuversicht ist kaum mehr etwas zu spüren. Im Gegenteil, es herrschen Ernüchterung und Wut - und zwar bei allen involvierten Parteien. Erschöpfte Lehrerinnen und Lehrer klagen über zu grosse Klassen und zu wenig Platz. Über Unruhe im Klassenzimmer, uneinsichtige Eltern und fehlende oder falsch eingesetzte Ressourcen. Die Eltern sind unzufrieden, weil ihren Kindern zu wenig Beachtung geschenkt wird. Und die Politik, vor allem deren bürgerliche Vertreter, warnt mit Blick auf die Pisa-Studie vor einer Verschlechterung der Volksschule.

Der wachsende Unmut über die aktuelle Situation führt dazu, dass der Ruf nach einer Rückkehr zu früheren Modellen - also zu mehr Separierung in der Schule - immer lauter wird. Im vergangenen April wurde die Waadtländer SP-Bildungsdirektorin Cesla Amarelle abgewählt, nachdem sie das teure «Konzept 360» für eine verbesserte Inklusion in der Schule eingeführt hatte. In Zürich wünscht sich die Wählerschaft laut mehreren Umfragen die Kleinklassen zurück. Im Kanton Bern stellt das Parlament dieselbe Forderung. Und in Basel-Stadt kämpft ein Komitee um die Lehrergewerkschaft mit einer Volksinitiative für Förderklassen.



Bildungsforschende wollen zwar auf keinen Fall zurück zu den Sonderklassen. Als eiserne Verfechter der integrativen Schule sind sie nach wie vor überzeugt, dass einerseits Kinder mit Lern- und Verhaltensproblemen schneller und besser lernen, wenn sie mit leistungsstärkeren Kindern zusammen sind, und andererseits leistungsstarke Kinder in Integrationsklassen nicht benachteiligt werden. Die Experten erkennen aber, dass Handlungsbedarf besteht. Sie setzen den Hebel allerdings bei den ohnehin schon geforderten Lehrkräften und Heilpädagoginnen an. Diese sollen besser aus- und weitergebildet werden, damit sie effektiver und effizienter auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Kinder eingehen können.

Immerhin scheinen sich alle einig darüber zu sein, dass die integrative Schule in ihrer bestehenden Form nicht funktioniert und es dringend Veränderungen braucht. Diese Einsicht ist wohl der einzige positive Aspekt in einer ansonsten verworrenen und unbefriedigenden Situation. Daran gilt es anzuknüpfen.

Es ist nun wichtig, diejenigen anzuhören, die täglich mit den Schwierigkeiten der integrativen Schule konfrontiert sind. Das sind weder Forscher noch Politikerinnen, sondern in erster Linie Lehrkräfte. Sie halten gemäss Umfragen verhaltensauffällige Schulkinder für den grössten Belastungsfaktor, weil sie im heutigen Schulsystem überfordert seien und dadurch den Unterrichtsbetrieb erschweren bis verunmöglichen. Um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, brauchten diese Kinder Schonräume.

Auch Eltern von verhaltensauffälligen Schülern berichten von Stresssituationen, denen die Kinder ausgesetzt sind - und von einer «schwierigen und einsamen Integration».

Dass sich die Erfahrungsberichte von Lehrkräften und Eltern decken, spricht eindeutig dafür, eine separierte Beschulung wieder vermehrt zu ermöglichen. Welches Modell dabei eher infrage kommt, ob ständige Kleinklassen oder durchlässige Förderklassen, die Kindern erlauben, rasch und unbürokratisch in die Regelklasse zurückzukehren, muss diskutiert werden - und zwar frei von Ideologien. Man soll Probleme ansprechen können, ohne gleich den Vorwurf zu riskieren, gegen Menschen mit Verhaltensauffälligkeiten oder mit Behinderungen zu sein. Gleichzeitig darf die derzeitige Lage nicht dazu missbraucht werden, um gegen Minderheiten wie Menschen mit Migrationshintergrund oder aus belasteten Familien Stimmung zu machen.

Je offener die Debatte geführt wird, desto geringer ist das Risiko, dass Kinder, die in eine Sonderklasse kommen, stigmatisiert und gesellschaftlich isoliert werden.

«Frühförderung muss bei Geburt beginnen»

NZZ, 1.2.2023, Meinung & Debatte, Leserbrief

Das Interview mit dem Bildungsexperten Andrea Lanfranchi ist entlarvend (NZZ 21. 1. 23). Es beginnt mit der Unterstellung, mit der Inklusion unzufriedene Eltern seien durch Lehrer aufgewiegelt worden, die ihre Lernziele nicht erreichten. Praktiker, unter ihnen auch solche, die anfänglich begeistert waren von integrativen Schulreformen, haben erkennen müssen, dass man nicht Hochbegabte, Lernverweigerer und Verhaltensauffällige zielführend für alle in der gleichen Klasse unterrichten kann.

Gänzlich entlarvend ist die Berufung auf internationale Konventionen, nationale Gleichstellungsgesetze, kantonale Verordnungen und interkantonale Konkordate – im Widerspruch zum legitimierten Gesetzgeber, den kantonalen Parlamenten. Es geht also um internationale Verpflichtungen, nicht um praxistaugliche Pädagogik.

Weder war der Bund berechtigt, sich mit der Deklaration von Salamanca zur Inklusion zu verpflichten, noch ist eine Konferenz von kantonalen Exekutiven, die Harnos beschlossen hat, ein legitimer Gesetzgeber.



Wenn anfänglich begeisterte Junglehrerinnen nach kurzer Zeit das Handtuch werfen, zermüht von Bürokratismus, Leerlaufsitzen und dysfunktionalen Strukturen, muss etwas faul sein.

Reiche weichen längst auf Privatschulen aus. Und der Rest? Sollte der nicht das Recht haben, auf demokratischem Weg den utopischen, bürokratischen und ausgesprochen teuren bildungspolitischen Irrweg zu verlassen?

Markus Eckstein, Goldach

Veranstaltungshinweis

Mit Kindern über Kriege, Krisen und Katastrophen sprechen

Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft, Mittwoch, 8. März 2023

Referentinnen

Dr. phil. Eliane Perret (Heilpädagogin & Psychologin, Zürich)

Dr. med. Michaela Glöckler (Kinderärztin, Dornach)

Einführung

Dr. med. Oswald Hasselmann (Leitender Arzt Neuropädiatrie, OKS)

Ort und Datum

Mittwoch, 8. März 2023, 18.30 – 20.30 Uhr

Bahnhof St. Gallen, Historischer Saal (**neuer Ort**)
9000 St. Gallen

VORTRAGSREIHE
PÄDIATRIE, SCHULE & GESELLSCHAFT

**Mit Kindern über Kriege, Krisen
und Katastrophen sprechen**

MITTWOCH, 8. MÄRZ 2023, 18.30 – 20.30 UHR
NEUER ORT: BAHNHOF ST. GALLEN, HISTORISCHER SAAL

 Verein
Ostschweizer
Kinderärzte

 OSTSCHWEIZER
KINDERSPITAL